

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

45. Sitzung
6. Januar 2025

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 17.04 Uhr
Vorsitz: Daniela Billig (Bündnis 90/Die Grünen); stellvertretende Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Erneut hat das Orchester der Komischen Oper gemeinsam mit dem Trio um Uri Caine mit dem Neujahrskonzert vor vollem Haus im Schillertheater überzeugt, dennoch bleibt es ein Theater und damit eine Übergangsspielstätte. In seiner Regierungserklärung am 19. Dezember hat der Regierende Bürgermeister Kai Wegner versprochen, dass die Sanierung der Komischen Oper fortgesetzt wird und dass Lösungen gefunden werden. Wie wird diese Lösung aussehen, wird es Teil der Investitionsplanung des Senats und wann wird diese endlich dem Parlament vorgelegt?“

Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson (SenKultGZ) erklärt, dass SenKultGZ die Komische Oper im Jahr 2024 sehr beschäftigt habe und auch im kommenden Jahr beschäftigen werde. Das investive Bauprojekt – das betreffe die Grundsanierung der Komischen Oper und den Erweiterungsbau in der GlinkasträÙe und nicht den Opernbetrieb, der weiterhin im Schillertheater stattfinde – befinde sich derzeit vollumfänglich im Zeitplan. In Vorbereitung der baulichen Umsätze seien 2023 Teilleistungen in einer gesonderte BPU unter dem Titel „Vorbereitende Maßnahmen“ ausgegliedert worden und würden seit September 2023 intensiv umge-

setzt. Dabei gehe es um die Baugrunduntersuchungen, die Baulogistik, die Baustelleneinrichtung, die Baumfällarbeiten, den Rückbau, die Einlagerung denkmalgeschützter Bauteile, die Gebäudeausrüstung, die Bühnentechnik, den Rückbau der Natursteinfassade und die Schadstoffsanierung. Der Kostenrahmen von 448,6 Mio. Euro in der von SenStadt erstellten BPU sei nahezu kostengleich mit der geprüften Vorplanungsunterlage. SenKultGZ werde die Unterlage zeitnah bestätigen und rechne Mai/Juni 2025 mit einer geprüften BPU.

Der Senator nehme derzeit im Roten Rathaus an dem Abstimmungstermin zur I-Planung teil, bei dem auch die Komische Oper thematisiert werde. Im Zuge der aktuellen Haushaltsaufstellung sollten im Senatsbeschluss zur Investitionsplanung 2024 bis 2028 die Bauraten für die Komischen Oper weiterhin Berücksichtigung finden.

Daniel Wesener (GRÜNE) stellt die folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Durch das schwarz-rote Haushaltchaos wurde gerade im Kulturbereich viel Vertrauen in politisches Handeln verspielt. Um das wieder herzustellen, sollte laut Pressemitteilung des Regierenden Bürgermeister vom 5. Dezember 2024 ‚bis Ende des Jahres [...] ein Prozess aufgesetzt und vereinbart werden, um stabile Rahmenbedingungen für die Kultur in Berlin zu schaffen.‘ Was für ein Prozess wurde aufgesetzt und vereinbart?“

Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson (SenKultGZ) führt aus, dass auf Wunsch des Regierenden Bürgermeisters und unter ihrer Federführung in den ersten Wochen des Jahres 2025 ein Prozess auf den Weg gebracht werden solle, mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit der Kultur sicherzustellen. Es gehe um eine Agenda für Berlin, die festlegen solle, wie die Kulturlandschaft künftig visionär und kulturpolitisch aufgestellt und finanziert werden könne. Aus Sicht von SenKultGZ und nach den Erfahrungen der letzten Monate sei ein stadtweites Gespräch auf kulturpolitischer Ebene eine unverzichtbare Voraussetzung, um die Kultur, die das Hauptmerkmal der Anziehungskraft Berlins ausmache, zukunftsfähig zu machen. Trotz aller finanziellen und schmerzhaften Einschnitten dürfe nicht vergessen werden, dass nach wie vor ein hohes Budget zur Verfügung stehe, um die Kultur stark und resilient aufzustellen. Es sei das Verdienst der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass der Topf für die Kultur in den letzten Jahren so stark angestiegen und sich Berlin zur wichtigsten Kulturmetropole Europas entwickelt habe. Man stehe nun vor der gemeinsamen Aufgabe, die Kulturlandschaft zu erhalten und Strukturen zu schaffen, die sie weiter stärken.

Neben der Agenda für Berlin müsse auch die Haushaltsaufstellung für das Jahr 2026 im Blick behalten werden. Daher wolle sie parallel mit der zugrunde liegenden Strukturentwicklungsplanung beginnen. Einige Ausschussmitglieder beschäftigten sich schon seit Jahrzehnten damit, wie sich Berlin besser aufstellen und positionieren könne, und verfolgten seit langem das Anwachsen der Kulturlandschaft. Das Parlament werde in diesem Prozess eine wichtige Stimme einnehmen, denn die kulturelle und politische Expertise sei für das Gelingen eines solchen zukunftsweisenden Vorhabens unverzichtbar. Flankierend werde der Regierende Bürgermeister zu regelmäßigen Gesprächen ins Rote Rathaus einladen, um den Austausch, der bereits im November mit einem ersten Treffen im Abgeordnetenhaus begonnen habe, mit allen Sparten fortzusetzen. Es gebe eine große Chance, die in Verantwortung für die Kultur und gemeinsam mit den Kulturschaffenden genutzt werden solle.

Zu Beginn des Jahres 2025 werde mit der Aufstellung der Architektur des Prozesses begonnen. In einer der nächsten Ausschusssitzungen werde sie den Zeitplan und die Architektur detailliert vorstellen. Im Streitraum an der Schaubühne im Dezember habe der künstlerische Leiter der Sophiensaele, Jens Hillje, hervorgehoben, dass in den letzten 30 Jahren eine reiche Kulturlandschaft in Berlin aufgebaut worden sei. Das sei eine große Leistung. Nun gehe es darum, dafür die Verantwortung zu übernehmen, die Strukturen zu durchdenken und so aufzustellen, sodass dieser Reichtum bewahrt und in die Zukunft geführt werden könne.

Daniel Wesener (GRÜNE) bekundet, es sei erfreulich, dass der Regierende Bürgermeister an dem Prozess partizipieren und die Staatssekretärin die Bedeutung des Dialogs hervorgehoben habe. Welche künstlerischen und kulturellen Vertreterinnen und Vertretern sowie Stakeholder der Kulturszene dürften und würden an dem Prozess partizipieren?

Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson (SenKultGZ) betont, dass ein stadtweiter Prozess und ein offener Dialog alle Beteiligten einschließen müsse. Jedoch benötige ein solcher Prozess auch Führung und Struktur. Daran werde in den nächsten Tage gearbeitet. Es gebe in Berlin sehr viel Expertise, die miteinfließen solle. In den letzten Jahren seien Strukturen wie beispielsweise die Opernstiftung aufgebaut worden, die nun Früchte trügen. Sie freue sich darauf, mit den Akteurinnen und Akteuren in den Austausch zu treten und die besten Ideen für die Zukunft der Berliner Kultur abzufragen und in der Folge umzusetzen.

Robert Eschricht (AfD) fragt vor dem Hintergrund der erhöhten Mittelzuweisung für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, welche konkreten Schritte der Senat unternehme, um sicherzustellen, dass diese zusätzlichen Gelder unmittelbar den Modernisierungsmaßnahmen, der Digitalisierung und dem Zugang zur Kultur zu Gute kämen und nicht durch einen übermäßigen Verwaltungsaufwand gebunden würden.

Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson (SenKultGZ) antwortet, dass SenKultGZ nur einer von vielen Playern bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sei. Um diese Fragen kümmere sich der Stiftungsrat. Sie versichere, dass das Land Berlin als Teil des Stiftungsrats die Interessen verantwortungsvoll vertrete und sich für eine bestmögliche Verwendung der Mittel einsetzen werde.

Amtierende Vorsitzende Daniela Billig hält fest, dass keine weiteren Fragen vorlägen und die Aktuelle Viertelstunde abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson (SenKultGZ) hebt hervor, dass zwischen Weihnachten und Neujahr viele kulturelle Ereignisse stattgefunden hätten. Sie bedanke sich bei den Kulturakteurinnen und -akteuren, die dafür gesorgt hätten, dass die Kulturlandschaft geleuchtet habe und auf die eigenen Ferien verzichtet hätten.

Am 18. Dezember 2024 habe der Gedenktag zum Anschlag am Breitscheidplatz stattgefunden, der durch Magdeburg eine besonders Brisanz erhalten habe. Zudem hätten zahlreiche

Veranstaltungen in den Einrichtungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften stattgefunden sowie Theateraufführungen, Silvester- und Neujahrskonzerte.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) fügt hinzu, dass in den letzten Tagen trotz intensiver Bewachung mehrere Chanukka-Leuchter beschädigt worden seien. Der Senat verurteile diese Vorfälle. – Am 29. Dezember 2024 habe der Kultursenator den Chanukka-Leuchter am Pariser Platz mitentzündet.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0277](#)
Aktuelle Lage der kulturellen Bildung im Bereich
bildende Künste: Berlins Jugendkunstschulen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) KultEnDe
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0174](#)
Jugendkunstschulen in Berlins Bezirken stärken
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) KultEnDe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion [0255](#)
Drucksache 19/1714 KultEnDe
**Jedem Kind ein Musikinstrument, jedem
Musikschullehrer guten Lohn – Ein
Landesprogramm „Musikalische Bildung“**

Robert Eschricht (AfD) teilt mit, dass seine Fraktion diesen Antrag im Mai 2024 auf den Weg gebracht habe. Durch das Herrenberg-Urteil sei an den Musikschulen eine Situation entstanden, auf die seine Fraktion schon länger hingewiesen habe. So habe die AfD-Fraktion im Jahr 2022 einen Antrag eingebracht, der die Erhöhung der Feststellungsquote gefordert habe und im Mai diese Forderung erneuert. Seiner Kenntnis nach gebe es aktuell ein Moratorium, und es müsse abgewartet werden, ob das die finale Lösung sei. Seine Fraktion halte eine musikalische Bildung für eine wichtige zivilisatorische Aufgabe, die nicht am Geld scheitern dürfe, da insbesondere die deutsche Kultur großartige Musiker hervorgebracht habe.

Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson (SenKultGZ) weist darauf hin, dass SenKultGZ bereits in vielen Kulturausschusssitzungen und im Hauptausschuss am 27. November 2024 zu den Bemühungen des Senats und des Parlaments, eine Lösung bezüglich der Auswirkungen

des sogenannten Herrenberg-Urteils zu finden, ausführlich berichtet habe. Die Auswirkungen auf die Jugendkunstschulen seien auch in der heutigen Anhörung angesprochen worden. Daher sei die Aussage in der Begründung des Antrags, dass „der Senat eine Lösung verschleppe“, schlichtweg falsch. Stattdessen konzentriere sich der Senat aktuell auf die Umsetzungen, die sich aus dem Herrenberg-Urteil ergäben. Es sei dabei entscheidend, kurzfristig das Musikschulangebot zu sichern und mittel- und langfristig eine Perspektive für die Lehrkräfte zu finden. An beidem werde mit Hochdruck gearbeitet.

Daher sei aus Sicht von SenKultGZ aktuell nicht die richtige Zeit für die weitreichenden Forderungen der AfD-Fraktion, wie die Änderung des Schulgesetzes, Erarbeitung eines Musikschulgesetzes, Reformierung des Ganztags oder der musikpädagogischen Ausbildung an den Hochschulen. Die Forderungen gehörten zudem nicht in den Kulturausschuss, sondern müssten im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie bzw. im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung vorgebracht werden.

Amtierende Vorsitzende Daniela Billig fragt die antragsstellende Fraktion, ob das in dem Antrag genannte Berichtsdatum „30. September 2024“ verändert werden solle.

Robert Eschricht (AfD) beantragt, das Berichtsdatum durch das Datum „30. Juni 2025“ zu ersetzen.

Dennis Haustein (CDU) sagt, es sei zu begrüßen, dass sich auch die AfD-Fraktion für das Thema Musikschule interessiere. Seine Fraktion stimme vielen Punkte des Antrags zu; diese befänden sich jedoch bereits in der Prüfung bzw. in der Umsetzung. Der Abgeordnete Eschricht habe in seiner Begründung verschwiegen, dass es neben dem bundesweiten Moratorium der DRV auch eine Bundesratsinitiative zur Anpassung der Prüfkriterien gebe, um Honorarverträge in allen Bereichen rechtssicher zu gestalten. Während die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag zumindest eine Gegenfinanzierung im Ansatz geliefert habe, fehle diese in dem Antrag der Fraktion der AfD komplett. Es sei nicht seriös, finanzielle Forderungen zu stellen, ohne eine Gegenfinanzierung vorzulegen. Da sich die meisten Punkte bereits in der Überlegung bzw. in der Umsetzung befänden, habe sich der Antrag überholt.

Robert Eschricht (AfD) wiederholt, dass seine Fraktion den ersten Antrag zu dem Thema 2022 eingebracht und im Sommer 2024 ergänzt und erneuert habe. Das Herrenberg-Urteil sei mittlerweile zweieinhalb Jahr alt. Es gehe seiner Fraktion um ein Gesamtkonzept. Zur Gegenfinanzierung könnten beispielsweise die Zuschüsse an die Theater, die nur für ihre eigene Blase spielten, genutzt werden. Es sei erfreulich, dass es eine Bundesratsinitiative gebe. Was werde am Ende des Moratoriums passieren? Sei dann mit einer ähnlichen Situation wie im Herbst 2024 zu rechnen? Damals sei sehr viel Druck nötig gewesen, um etwas zu bewegen.

Dennis Haustein (CDU) greift auf, es sei richtig, dass das Herrenberg-Urteil 2022 beschlossen worden sei, jedoch seien die Prüfkriterien der DRV erst im Sommer 2023 angepasst worden. Dadurch habe sich die Notwendigkeit zum Handeln verstärkt. Offenbar sei die AfD-Fraktion dazu bereit, sogar mehr als die geplanten 140 Mio. Euro im Kulturbereich einzusparen. Das sei schwierig, denn schon jetzt müsse darauf geachtet werden, dass die Kulturbetriebe weiterhin funktionierten und nicht jeder schmerzhafte Einschnitt ausgereizt werde. Deswegen müssten Alternativen gefunden werden, wie die Musikschullehrkräfte unabhängig vom Einzelplan 08 finanziert werden könnten. Es entstünden nicht automatisch Stellen für die Mu-

sikschulen im Einzelplan 29, wenn im Einzelplan 08 Geld eingespart werde. Das Haushaltsgesetz könne nicht geändert und deswegen in einem laufenden bzw. bereits beschlossenen Haushalt nicht so einfach Geld von A nach B verschoben werden.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1714 auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2025“ zu empfehlen.

Amtierende Vorsitzende Daniela Billig hält fest, dass Tagesordnungspunkt 4 abgeschlossen sei.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0149](#)
Alte Münze als Kulturort mit Musikschwerpunkt
sichern: Stand der Sanierung, Betreibermodell und
„Zentrum für Jazz und improvisierte Musik“ –
Sachstand und Ausblick
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) KultEnDe
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0216](#)
Zur Zukunft der Alten Münze. Perspektiven von
Sanierung, Vergabe und Nutzung
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) KultEnDe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 11.03.2024

Amtierende Vorsitzende Daniela Billig weist darauf hin, dass dem Ausschuss das Wortprotokoll der Sitzung vom 11. März 2024 vorliege und der Besprechungsbedarf in dieser Sitzung begründet worden sei.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) erkundigt sich nach dem aktuellen Stand und dem Verlauf der Verhandlungen. Sie habe gehört, dass die BIM derzeit mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, u. a. den Spreewerkstätten, verhandele. Ihrer Kenntnis sei das House of Jazz aus dem Direktorenhaus ausgezogen. Ihrer Fraktion sei es nicht so wichtig, wer am Ende der Betreiber sei. Entscheidender sei, dass gemäß den Verabredungen die Freie Szene berücksichtigt werde. Welche Voraussetzungen habe SenKultGZ hinsichtlich eines möglichen Betreibermodells festgelegt bzw. mit der BIM ausgehandelt?

Daniel Wesener (GRÜNE) äußert eingangs, es sei erfreulich, dass das Thema nach mehrfacher Vertagung, auf der heutigen Tagesordnung stehe. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass dieser TOP heute nicht abgeschlossen werden könne. Die damalige Entscheidung bezüglich der Alten Münze habe zu Stillstand und Agonie geführt. Angeblich fänden Verhandlungen statt, die offensichtlich noch zu keinem Abschluss gekommen seien. Der Senat habe zugesagt, dem Abgeordnetenhaus den Mietvertragsentwurf zur Beschlussfassung zuzuleiten. Könne der Senat, auch wenn das bei noch laufenden Vertragsverhandlungen eher unüblich

sei, eine Wasserstandsmeldung abgeben? Was finde aktuell an Kunst und Kultur auf dem Gelände statt? Nicht das House of Jazz, sondern der Meisterrat schein das Direktorenhaus verlassen zu haben, und das House of Jazz werde sich laut Auskunft des Senats nicht auf dem Areal ansiedeln.

Es sei besorgniserregend, dass es sich nicht nur um längere Vertragsverhandlungen handele, sondern der politische Prozess insgesamt ins Stoppen geraten sei. Der Hauptausschuss habe die roten Nummern 1602 und 1644, die für die Alte Münze relevant seien, zurückgestellt. Erstere beinhalte eine Übersicht der für eine kulturelle Nutzung vorgesehenen SODA-Immobilien vom 27. März 2024. Darin nehme die Alte Münze eine prominente Rolle ein. Diese Vorlage sei von SenKultGZ aufgrund eines Berichtsauftrags im Dezember 2022 angefertigt worden. Die rote Nummer 1602 sei zum ersten Mal im Mai 2022 im Hauptausschuss aufgerufen worden, dann auf die letzte Sitzung vor den Sommerferien, dann auf die erste Sitzung nach den Sommerferien, dann auf September 2023, dann auf November 2023 vertagt und schließlich am 11. Dezember auf Wiederaufruf zurückgestellt worden. Das sei bekanntermaßen der Elefantenfriedhof des Hauptausschusses.

Ähnlich verhalte es sich mit der roten Nummer 1644. Das sei eine Beschlussvorlage vom 17. April 2024 zu einem zusätzlichen Zuschuss an das SODA. Diese rote Nummer sei ebenfalls mehrfach vertagt und zuletzt auf Wiederaufruf zurückgestellt worden. Nach Auffassung seiner Fraktion sollten keine Steuermittel für eine Nutzung, die nicht, wie ursprünglich geplant, dem öffentlichen Interesse entspreche, eingesetzt werden. Nach der Aufstockung von 4,1 Mio. Euro lägen dann insgesamt 50 Millionen Euro im SODA für die Herrichtung der Alten Münze. Offenkundig weigere sich der Hauptausschuss bislang berechtigterweise, diesem Zuschuss zuzustimmen, da unklar sei, was mit dem Geld geschehen werde. Bevor eine Sanierung beschlossen werde, müsse zunächst geklärt werden, zu welchem öffentlichen – insbesondere künstlerischen und kulturpolitischen – Zweck diese durchgeführt werde. Die Alte Münze habe auch angesichts der Raumpotentiale noch in der letzten Legislaturperiode als das größte kulturpolitische Vorhaben Berlins gegolten.

Was passiere aktuell auf dem Gelände? Fänden derzeit Gespräche zwischen potentiellen Nutzern wie den Spreewerkstätten, der BIM und der Kulturverwaltung statt? Angesichts der Verfahren im Hauptausschuss müsse darüber nachgedacht werden, den gesamten Prozess inklusive der politischen Entscheidungsfindungen neu aufzusetzen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) schließt sich ihren Vorrednern an. Wie sei der Stand der Gespräche mit der Freien Szene, u. a. der IG Jazz, die in einem Beteiligungsprozess miteingebunden gewesen sei? Fänden mittlerweile die angekündigten Gespräche zwischen dem Senator und den Sprecherinnen und Sprechern der unterschiedlichen Bereiche statt? Sie halte es für fatal und falsch, wenn sich die Kulturverwaltung aus den Verhandlungen herausziehen werde.

In der Anhörung sei auch angesprochen worden, dass den verdrängten Kulturinstitutionen sogenannte Feuerwehrräume zur Verfügung gestellt werden sollten. Auch dieses Vorhaben befinde sich in der Schwebe. Bislang sei keine Verwaltungsvereinbarung über die vom Bund für das House of Jazz zugesagten 13 Mio. Euro abgeschlossen worden. Daher sehe sie die Kulturverwaltung auch in der Pflicht, Gespräche mit dem Bund zu führen. All das mache deutlich, dass das Thema Standort Alte Münze heute nicht abgeschlossen werden könne. Zu-

dem sei der Anlage 9 des Nachtragshaushalts zu entnehmen, dass insgesamt deutlich weniger Mittel für die Sanierung und die Instandsetzung von Arbeitsräumen zur Verfügung gestellt würden. In dem Zusammenhang spiele auch die Abwicklung der Kulturraum Berlin GmbH – KRB – eine prominente Rolle, die mit der Koordinierung und der Vergabe der Arbeitsräume beauftragt gewesen sei. Dafür müsse so schnell wie möglich eine Alternative geschaffen werden, da mit der KRB langfristige Mietverträge sowie Generalmieterschaften verbunden seien. Sie hoffe nicht, dass die Entscheidung dazu wieder erst im November falle, da dann die geplanten Summen der Anlage 9 nicht eingehalten werden könnten. Der Berliner Kultur könne nicht noch einmal ein Weihnachtsfest wie in diesem Jahr zugemutet werden.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) erklärt, dass er ebenfalls nur die damaligen Äußerungen wiederholen könne, dass ein Prozess initiiert worden sei, mit dem sich das Abgeordnetenhaus zeitnah im Hauptausschuss beschäftigen werde. Irgendwann werde dann ein Mietvertrag vorliegen. Das weitere Vorgehen werde dann im Hauptausschuss beraten. Die Zuständigkeit liege nicht mehr bei der Kulturverwaltung, sondern bei der BIM.

Helge Rehders (SenKultGZ) stellt richtig, es sei nicht geplant gewesen, dass das House of Jazz in das Direktorenhaus, sondern in die Produktionshalle ziehen werde. Das Direktorenhaus sei bislang vom Meisterrat genutzt worden. Dazu gebe es mit Stand Ende November 2024 vonseiten der BIM ein Entmietungsverfahren. Die Kündigung sei bereits erfolgt. Das Gebäude solle künftig von der BIM separat vermarktet werden. Das House of Jazz führe Gespräche mit der BKM bezüglich anderer Standorte. Die 13 Mio. Euro seien eine Bemühenszusage des Bundes gewesen, die temporär mit Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt untersetzt gewesen seien und aktuell in der Luft hingen. Es müsse abgewartet werden, ob an einem neuen Standort eine ähnliche Vereinbarung mit dem Bund getroffen werde, die den konsumptiven Teil einer möglichen Institution mitabdecken solle.

Die Alte Münze sei nicht mehr ein Bauprojekt der SenKultGZ, sondern habe sich zu einem Vermietungsprojekt entwickelt. Im Fahrersitz sitze die BIM. SenKultGZ kenne noch keinen Vertrag, wisse jedoch, dass es intensive Verhandlungen mit den Spreewerkstätten gebe. Seiner Kenntnis nach sei die Frage des Mietzins noch nicht abschließend geklärt. Sobald das geklärt sei, werde SenKultGZ hoffentlich in die Überlegungen zur vertraglichen Einbindung der Freien Szene einbezogen werden.

Bezüglich der genannten roten Nummern habe er die Hauptausschusssitzung vom 11. Dezember 2024 so in Erinnerung, dass zu dem Bericht 1602 bis Sommer 2025 eine Aktualisierung erbeten worden sei. Der Antrag auf Mittelbereitstellung aus der SIWA-Verstärkungsreserve in Höhe von 4,1 Mio. Euro befinde sich tatsächlich in der Rückstellung.

Bevor Verhandlungen mit der Freien Szene geführt werden könnten, müsse zunächst geklärt werden, in welchem Betriebsmodell die Alte Münze zukünftig bewirtschaftet werden solle.

Es sei geplant gewesen, dass die KRB in dem Bauprojekt Alte Münze die Nutzervertretung übernehme. Da sich das Bauprojekt erübrigt habe, habe SenKultGZ die dafür vorgesehenen Mittel abgesetzt.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) stellt heraus, das klinge so, als ob die Kulturverwaltung mit der Alten Münze nichts mehr zu tun habe. Wenn die Freie Szene in einem erhebli-

chen Umfang berücksichtigt werden sollte, müssten Regeln für das Betreibermodell aufgestellt werden. Wer entscheide über die Gestaltung dieses Betreibermodells, das die Voraussetzung für mögliche Bewerber darstelle, die wissen müssten, worauf sie sich einließen? Beispielsweise könnten Atelierräume nicht zu marktüblichen Preisen an die Freie Szene vermietet werden. Es sei immer die Absicht gewesen, dass ein Mischkalkulation entstehen solle.

Daniel Wesener (GRÜNE) korrigiert die Ausführungen von Helge Rehders dahingehend, dass laut der Vertagungsliste der Koalition der Hauptausschusssitzung vom 11. Dezember 2023 die Drucksache bis auf Wiederaufruf ohne Datum vertagt worden sei. Falls es eine andere interne Absprache dazu gebe, begrüßte er diese.

Er weise darauf hin, dass die Beantwortung von Schriftlichen Anfragen aufzeige, wer im Senat zuständig sei bzw. für zuständig erklärt werde, und nach wie vor beantworte die Kultursenatsverwaltung seine Anfragen zur Alten Münze. Es sei ihm auf seine Frage, wer für die Verwendung der SIWA-Mittel zuständig sei, die im Deckungskreis 49 – Kulturinvestitionen – etatisiert seien, geantwortet worden, dass SenKultGZ als projektführende Stelle für die Bewirtschaftung der Mittel verantwortlich sei. Auch wenn die BIM bei den Verhandlungen auf dem Fahrersitz sitze, sei SenKultGZ der Beifahrer und könne notfalls die Handbremse ziehen bzw. mäßigend auf den Fahrer einwirken. Mehr erwarte seine Fraktion nicht. Er sei gegenüber der BIM auch gar nicht misstrauisch eingestellt, sondern er gehe davon aus, dass die BIM dem politischen Willen, wie auch immer dieser bei der Koalition aussehe, Ausdruck verleihen werde. Es sei völlig klar, dass SenKultGZ kulturfachlich und auch formell zuständig sei. Entsprechend müsse die politische Erwartungshaltung dieses Ausschusses fraktionsübergreifend sein, dass die politische Leitung von SenKultGZ in diesem Prozess eine aktive Rolle einnehme.

Staatssekretärin Sarah Wedl-Wilson (SenKultGZ) antwortet, selbstverständlich teile SenKultGZ die inhaltlichen Vorstellungen der BIM mit, auch wenn SenKultGZ nicht selbst am Verhandlungstisch sitze. Weiteres könne sie zu diesem Zeitpunkt nicht sagen.

Amtierende Vorsitzende Daniela Billig hält fest, dass die Besprechungen zu Punkt 5 der Tagesordnung vertagt seien.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.